

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/52

Hannover, 3. Mai 1948

Rotbraune Taktik

Von Hermann Lüdemann, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Demokratie zu gestalten ist schwer; viel schwerer ist es, sie zu verteidigen. Das erste erfordert im Grunde nur Aufklärung, Tatkraft, Bewährung und - Geduld, viel Geduld. Das zweite ist deshalb so schwierig, weil die Feinde der Demokratie stets eine doppelte Moral haben. Sie greifen an mit den scharfen Mitteln, die allen Machtpolitikern eigen sind und bedienen sich zugleich aller Möglichkeiten, die das demokratische System seinen Anhängern für die freie Meinungsbildung und ehrliche Aufbauarbeit zur Verfügung stellt. Dieses zwiespältige Verhalten wirkt sich regelmäßig zum Vorteil der Terroristen aus, weil ihre Dreistigkeit verwirrt und entwaffnet. Über Grundsätze kann man streiten, nicht über Grundsatzlosigkeit.

Die hauptsächlichsten Kampfmittel totalitärer Parteien sind Lüge, Bedenkenlosigkeit, Terror - alles belebt durch eine großartige Aktivität. Die Deutschen genießen mindestens seit zwanzig Jahren einen unaufhörlichen Anschauungsunterricht in vielen Farben, in rot und braun und rotbraun. Aber haben sie sich schon entschlossen, hieraus endlich die nötigen Nutzenwendungen für den Aufbau einer neuen Demokratie zu ziehen? Die Regierungen der demokratischen Länder haben erst spät erkannt, daß Faschismus, Nazismus und Satlicher Kommunismus im Grunde die gleiche Gefahr darstellen und daß ihre erfolgreiche Abwehr den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte erfordert. Der besondere Charakter der russischen Aggression erfordert, daß der Abwehrkampf in erster Linie von der Arbeiterschaft geführt wird, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturverbände und Sportvereine sind die beliebtesten Einbruchstellen. Ist dies überall erkannt?

Einen neuen Staat haben wir noch nicht. Aber vielleicht schon in der allernächsten Zeit werden Entscheidungen getroffen werden müssen, die mittelbar oder unmittelbar Form und Inhalt, vor allem aber den politischen Charakter der zweiten deutschen Republik bestimmen werden. Daß der Staat von Weimar letzten Endes nur an seiner eigenen Schwäche zugrunde gegangen ist, dürfte heute unbestritten sein. Die zentrale Machtfülle war groß genug; aber die Steuerleute, denen ihre Handhabung anvertraut wurde, waren schwach. Sie waren Mitglieder eines echten Volksparlamentes, aber dieses Parlament war ohne Kraft. Die Parteien, die

in ihm das Prinzip der Demokratie vertreten oder zu vertreten vorgaben, waren vielfach gespalten und bewirkten durch unnatürliche Bündnispolitik, daß die Wähler zu starken Entscheidungen nicht fähig waren. Ihre Koalitionsregierungen, deren Wechsel fast niemals eine spürbare Änderung der Politik brachte, verhinderten die lebenswichtige Auseinandersetzung innerhalb der demokratischen Front und verliehen den Splittergruppen des extremen Radikalismus einen ungesunden Auftrieb. Kein Zweifel, daß an diesen Verhältnissen nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung das Verhältniswahlrecht entscheidenden Anteil hatte.

Die zwingende Notwendigkeit, für die zweite Republik ein neues Wahlverfahren zu finden, ist jedenfalls gegeben. Namentlich die größte demokratische Partei Deutschlands, die SPD, wird angesichts des Umstandes, daß Adolf Hitler im Proporz-Reichstag der Weimarer Republik die Basis für seine ungesetzliche Machtergreifung finden konnte, auf das ernsthafteste prüfen müssen, ob eine Programmforderung, die vor fünfzig Jahren unter völlig anderen Verhältnissen entstanden ist, nach diesen Erfahrungen noch länger beibehalten werden kann. Demokratische Politik muß klar sein, frei von Gruppen-Interessen und örtlichen Egoismen, und durch das Mittel weniger großer Parteien dem Volk so vereinfacht dargestellt werden, daß jeder Wähler, der geringste Mann auf dem Acker und die einfache Frau in der Werkstatt, sie verstehen und beurteilen und am Tage der Wahl eine einfache Entscheidung treffen kann: entweder links oder rechts, fortschrittlich oder konservativ, sozialistisch oder kapitalistisch usw.

Demokratische Regierungen müssen im Schutz parlamentarischer Kontrolle stark genug sein, um jederzeit rasch Entscheidungen treffen und, wenn es die Lage erfordert, auch drakonische Mittel anwenden zu können. Dies gilt besonders in Zeiten der Not und für die Abwehr totalitärer Bestrebungen. Deshalb müssen sie den Rücken frei haben und sich auf verantwortungsbereite starke Mehrheitsparteien stützen können. Zersplitterung kann niemals Kraft erzeugen. Gewiß sind Koalitionregierungen zuzeiten notwendig, aber sie sollten immer nur zwischen stark übereinstimmenden Gruppen gebildet werden. Sonst werden die Parteien durch den täglichen Zwang zum Ausgleich korrumpiert, durch wachsendes Mißtrauen zwischen den Mitgliedern, den Abgeordneten und den Kabinettsmitgliedern geschwächt, und schließlich geht die innere Geschlossenheit der Parteien verloren, d.h. derjenigen Parteien, die an der Koalition beteiligt sind, während die extremen Splitterparteien an Agitationskraft gewinnen, ohne zu demokratischer Verantwortung gezogen zu werden. Koalitionsregierungen durch ein falsches Wahlverfahren zu einer ständigen Notwendigkeit zu machen, bedeutet dazu bewußte Schwächung der Demokratie.

Demokratie soll lebendig und kämpferisch sein. Nach zwei Jahrzehnten terroristischer Infiltration totalitären Denkens entbeert das deutsche Volk jeder Homogenität. Es ist in jedem Betracht gespalten, zerrissen, verwirrt. Diese politisch-geistige Unordnung zu beseitigen, ist nicht möglich durch eine "gerechte" Brückensammlung zuchtloser Wählerstimmen und durch die Ermutigung wurzelloser Splitterparteien, sondern nur durch die gewollte Entwicklung weniger überzeugender Gesinnungsgruppen. Nur ein Wahlverfahren, das diese Aufgabe erfüllt, kann uns vor einer neuen Katastrophe bewahren und die Zersetzung bannen, die uns vom Osten droht.

Die sowjetrussischen Gewerkschaften

B.K. Stockholm, Anfang Mai

Die Gewerkschaften der Sowjetunion arbeiten unter besonderen russischen Verhältnissen. Ihre Aufgaben und Arbeitsformen sind von der politischen und ökonomischen Struktur Sowjet-Rußlands bestimmt.

Zahlenmäßig sind die Gewerkschaften die stärksten Organisationen des Landes. Es bestehen zur Zeit 180 verschiedene Verbände der Gewerkschaften, mit mehr als 27 Millionen Mitgliedern. Etwa 90 Prozent der Lohnarbeiter und Angestellten sind in den russischen Gewerkschaften organisiert. Sie sind nach dem Industrieprinzip aufgebaut. Alle 180 Verbände werden vom Zentralrat der Gewerkschaften in Moskau geleitet. Seine tägliche Zeitung "Trud" (Die Arbeit) ist eine der größten in der Sowjetunion.

Das innere Leben der russischen Gewerkschaften wird von der kommunistischen Partei bestimmt. Das lokale Komitee der kommunistischen Partei beschließt, wer in die verschiedenen Ämter der Gewerkschaft gewählt werden soll. Nachher werden dann diese kommunistischen Kandidaten in der Versammlung der Gewerkschaft nominiert und in der nächsten Versammlung gewählt.

Die Wahlen in den Gruppen und Abteilungen sollen laut Wahlinstruktion von 1947 offen geschehen. Unter solchen Verhältnissen wagen es die Gewerkschaftsmitglieder nicht, Nicht-Kommunisten aufzustellen. Dasselbe geschieht mit den Wahlen in die Fabrik-Komitees. Die höheren Instanzen der Gewerkschaften werden auf verschiedenen Konferenzen und Kongressen gewählt, die ebenfalls von den Kommunisten dirigiert werden. Die Zentral-Komitees der gewerkschaftlichen Verbände und der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion stehen unter ständiger Kontrolle des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und erhalten ihre Direktiven von dem allmächtigen Politbüro.

Die Kommunisten sind nach offiziellen Daten nur 10 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, aber diese 10 Prozent bestimmen die ganze Gewerkschaftsbewegung und die 90 Prozent der Mitglieder haben faktisch wenig zu sagen. Obwohl die Gewerkschaftskongresse der Sowjetunion nach je drei Jahren stattfinden sollen, tagte der letzte Kongress 1932. Also ist der heutige Zentralrat vor 16 Jahren gewählt worden! Unter den 14 Mitgliedern des Politbüros, der in allen prinzipiellen Fragen die Tätigkeit der Gewerkschaften bestimmt, befindet sich kein einziger Gewerkschaftsführer. Auch der Vorsitzende des Zentralrates V.V. Kusnezow gehört nicht dem Politbüro an. Gerade dieser merkwürdige Zustand charakterisiert deutlich die Unselbständigkeit und die geringe Bedeutung der russischen Gewerkschaften.

Diese Unselbständigkeit wird auch durch die Abhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat gekennzeichnet. Die Gewerkschaften haben ihre früheren hauptsächlich Funktionen, welche sie noch bis 1934 ausübten, ganz verloren. Sie haben auf die Festsetzung der Löhne und auf die Einstellung von Arbeitskräften in den Betrieben keinen Einfluß mehr. Die Festsetzung der Lohnhöhe ist einzig zur Aufgabe der Regierungsbehörden und der Fabrikleitungen geworden. Laut Regierungs-Dekret vom 17. Februar 1947 dürfen die Kollektiv-Verträge keine Lohnerhöhungen enthalten.

Die Hauptaufgabe der russischen Kollektiv-Verträge sei, die "Erfüllung und Übererfüllung des staatlichen Produktionsplanes" in den betreffenden Fabriken zu garantieren. Eine industrielle Demokratie besteht in den russischen Betrieben auch nicht: Die Fabrikleitung wird von den Ministerien eingesetzt und das gewerkschaftliche Fabrik-Komitee hat kein Recht, in den Fragen der Betriebsleitung mitzusprechen.

Dagegen haben die Gewerkschaften nach 1934 einige staatliche Aufgaben erhalten. Sie verwalten die soziale Versicherung und realisieren die Arbeitsaufsicht. Wer nicht Mitglied der Gewerkschaft ist, erhält nur die Hälfte der Unterstützung im Falle einer Erkrankung. Daher sind alle Arbeiter gezwungen, in die Gewerkschaften einzutreten und die Mitgliedschaft kann faktisch nicht als freiwillig betrachtet werden. Die russischen Gewerkschaften sind auch finanziell vom Staate abhängig. Von den 1,5 Mrd. Rubel der Einnahmen aller Gewerkschaften der Union sind nach den letzten offiziellen Angaben eine Milliarde Rubel staatliche Beiträge gewesen.

Die Gewerkschaften beteiligen sich eifrig an der Durchführung des vom Staate angeregten "sozialistischen Wettbewerbes" zwischen verschiedenen Unternehmen, um eine höhere Produktivität zu erzielen. Dabei wird wohl den staatlichen Produktionsinteressen gedient, die Kräfte der durchschnittlichen Arbeiter werden aber bei weitem überstiegen. Das Streikrecht besteht faktisch nicht. Laut kommunistischer Auffassung sind es bloß "die Feinde der Sowjetmacht", die auf einen solchen verbrecherischen Gedanken kommen können. Es sind wohl einige wilde Streiks entstanden, die von der Geheimpolizei des MVD sofort unterdrückt wurden. Die Gewerkschaften haben aber niemals einen Streik organisiert.

Die russischen Gewerkschaften haben sich von Verteidigern der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu staatlichen Organisationen zur Wahrung staatlicher Interessen entwickelt. Sie konzentrieren sich auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die "Abung der Arbeitsdisziplin. Sie sind von der kommunistischen Partei dirigierte, unfreie Instrumente zur Steigerung der Produktion in dem Sowjetstaate. Ihren Aufgaben und Arbeitsformen nach sind sie das Gegenteil der freien Arbeitergewerkschaften der wirklich demokratischen Staaten des Westens.

Einzig mögliche Grundlage

sp. Es liegt eine inzwischen dementierte Meldung vor, daß in Kreisen der westlichen Alliierten der Plan bestehe, eine Art verfassunggebender Versammlung für alle drei Zonen einzuberufen, die die Aufgabe haben soll, in möglichst kurzer Zeit eine später durch eine Volksabstimmung zu bestätigende deutsche Verfassung auszuarbeiten. Diese verfassunggebende Versammlung, soll, ganz ähnlich wie es beim Frankfurter Wirtschaftsrat der Fall war, durch indirekte Wahlen, das heißt durch die Delegation von Abgeordneten der verschiedenen Landtage gebildet werden.

In dieser Absicht wäre nach sozialdemokratischer Auffassung ein entscheidender Fehler im Verfahren zu sehen, der für die beabsichtigte Konstruktion selbst höchst gefährlich sein müßte. Gerade die Fixierung

einer kommenden deutschen Verfassung verlangt, daß dieses Werk auf einer echten demokratischen Grundlage beruht, d.h. von einer direkt gewählten Körperschaft getragen wird. Verführe man anders, so würden schon am Beginn der ganzen Arbeit und des Bestrebens um eine dauerhafte und solide Basis des kommenden deutschen Verfassungslebens Zweifel an der unwiderlegbaren Legitimität des Auftrages entstehen. Das aber ist aus selbstverständlichen Gründen unbedingt zu vermeiden.

Solche Feststellung scheint gerade am Beginn einer Entwicklung notwendig, die offenbar von gewissen interessierten Kreisen sehr frühzeitig in eine bestimmte Richtung gedrängt werden soll. Sie ist angedeutet durch die Tatsache, daß die Befürworter eines möglichst weitgehenden Föderalismus sich immer stärker in den politischen Vordergrund drängen und für ihre Bemühungen auch jede erreichbare außenpolitische Hilfe zu mobilisieren bestrebt sind. Es ist aber zu hoffen, daß in der Einstellung der westlichen Alliierten untereinander das letzte Wort noch nicht gefallen ist und daß die Entscheidung nicht im Sinne der französischen Vorstellungen mit der Schaffung der Bizone verquickt wird.

Bis 1945 M.d.R., heute Richter

sp: Die SPD-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen hat an den Präsidenten des Landtags eine Anfrage gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß im Oberlandesgericht Düsseldorf ein früherer Reichsgerichtsrat Dr. Everling als Richter bis vor wenigen Tagen beschäftigt wurde und auch jetzt noch Bezüge erhält. Derselbe Dr. Everling hat in der Zeit nach 1918 die Leistung des verfassungsmäßigen Eideides als Richter mit der Begründung abgelehnt, er schwöre nicht auf eine Judenrepublik. Es besteht der dringende Verdacht, daß Dr. Everling in der Hitlerzeit bis 1945 Reichstagsabgeordneter gewesen ist. Der Anfrage wird ein Auszug aus einer Rede beigelegt, die in der "Pommerschen Tagespost" vom 24. Oktober 1929 abgedruckt war. Demzufolge sagte damals Dr. Everling u.a.: "... weil uns jetzt allmählich zum Bewußtsein gekommen, daß Demokratie eine so schmutzige Angelegenheit ist, wie wir es in diesen Tagen erleben..." "Wir haben eine Sintflut von Korruption und Gesindel über uns ergehen lassen müssen, ein Gesindel, das aus dem Deutschland vor dem Kriege etwas gemacht hat, vor dem das anständige Ausland zurückweicht. Ein Gesindel, das sich dem Feind gegenüber unterwirft und gleichzeitig auf den Trümmern des Vaterlandes jubelnd seine demokratischen schwarz-rot-gelben Fahnen aufzieht".

Konferenzen der SED
aus der polnischen Presse

sp. Der in der britischen Zone erscheinende Polnische Pressedienst Informacja Prasowa vom 22.4.48 bringt folgende Nachrichten über Verhandlungen zwischen SED-Führern und polnischen Kommunisten. Als Quelle wird der Continental News Service vom 9.4. angegeben.

Am 16. August 1947 fand in Leipzig eine Konferenz der SED-Führer Ulbricht, Dahlem und Fischer mit zwei Offizieren aus dem Stab von Oberst Tulpanow statt, die der Frage gewidmet war, wie man die anglo-amerikanischen Einflüsse in Ostdeutschland parallelisieren könne. Am 27. September wurde über den gleichen Gegenstand eine vierstündige Konferenz abgehalten, an der von sowjetischer Seite General Lukiantschenko, der Stabschef von General Sokolowski, sowie die Obersten Tulpanow und Jelisarow teilnahmen. Dabei wurde von den SED-Führern die Notwendigkeit unterstrichen, daß von der UdSSR konkrete Belege für eine Hilfeleistung gegeben werden müßten. Am 22. und 25. Dezember 1947 fand im Hauptquartier von Rokossowski in Liegnitz, in Gegenwart von Oberst Derewrenko, eine Begegnung der beiden SED-Führer mit den Vertretern der PPR (polnische Kommunisten) Berman und Zembrowski statt. Zehn Tage später trafen in einer Örtlichkeit in den Karpaten Gomulka und Berman mit Ulbricht und Dahlem zusammen. Am 1.2.48 fand in Eberswalde zwischen Stettin und Berlin eine Konferenz von SED-Führern mit polnischen Kommunisten, darunter auch dem Industrie-Minister Minc, sowie drei sowjetischen Offizieren statt. Es kam zu einer Verständigung dahingehend, daß unmittelbar nach der Vereinigung der PPR mit der PPS (polnische Sozialisten) die neue polnische Einheitspartei die Forderung nach einer Grenzregulierung zugunsten des "fortschrittlichen demokratischen Deutschlands" erheben wird. Diese Grenzverbesserungen, die dann von den deutschen Kommunisten als endgültig angenommen werden sollen, umfassen auf deutscher Seite Niederschlesien und die Hälfte des Gebietes von Breslau. (b/B.99/35/as)

Nur drei Prozent meldeten sich

Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD überprüfte die durch Einzelmeldungen zustandegekommene Zahl von 1 500 verschleppten Jugendlichen und gelangte dabei zu folgendem Resultat:

Auf die Zeit vor der Kapitulation, dem 8. Mai 1945, entfielen 1 157 Jugendliche.

Davon wurden verschleppt aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie 1 044 aus der Ostzone und aus Berlin 113.

Fast alle Jugendlichen wurden durch sowjetrussische Truppenverbände mitgenommen oder unter der Begründung "die Arbeitsleistung" abgeholt.

Die nach dem 8. Mai 1945 verschleppten Personen stammen nur aus der Ostzone und aus Berlin. In dieser Zahl sind Jugendliche enthalten, die neben der oben angegebenen Begründung der Arbeitsleistung durch deutsche Polizisten und russisches Militär zum Verhör abgeholt wurden oder Jugendliche, die bei ihrem Eintreffen aus westlicher Gefangenschaft wiederum in russische Gefangenschaft überführt wurden. Von den verschleppten Jugendlichen konnten bisher nur 43 = 3 % an ihre Angehörigen schreiben. -----